



Pressedienst

Herausgeber: Pressestelle
Redaktion: Johannes Scholten
Tel. 06421 28-25866
Fax 06421 28-28903
E-Mail: johannes.scholten@
verwaltung.uni-marburg.de

Marburg, den 22. April 2010

Richtigstellung zum Interview von Staatsministerin

Eva Kühne-Hörmann in der „Oberhessischen Presse“

Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann trifft in ihrem heute (22. April 2010) veröffentlichten Interview mit der Oberhessischen Presse zur finanziellen Situation der Philipps-Universität eine Reihe von Aussagen, die einer sachlichen Richtigstellung bedürfen. Diese betreffen vor allem drei Bereiche: die Rücklagen, die Lehrsondermittel sowie die bauliche Situation und den Energieverbrauch.

Die Aussagen der Ministerin erwecken den Eindruck, die Philipps-Universität habe erstens „Rücklagen gebildet und könnte beispielsweise damit notwendige Belastungen abfedern“. Zweitens würden die überdurchschnittlich hohen Energiekosten durch Neubauten „schon bald deutlich sinken“. Dieser Eindruck ist falsch.

1. Rücklagen

Die Ministerin behauptet: Die Philipps-Universität verfüge über „zweckgebundene Rücklagen in Höhe von 67,8 Millionen, die vorwiegend etwa für Berufungszusagen verwendet werden sollen“.

Tatsache ist: Die zweckgebundene Rücklage von 67,8 Millionen Euro enthält keinerlei Berufungsmittel. Diese Mittel sind rechtswirksam gebunden und stehen nicht zur Verfügung, um die angekündigten Kürzungen zu kompensieren. Es handelt sich um bilanztechnische Buchungen aufgrund von Erlassen des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 16. Februar 2009 und 10. März 2009.

Die Rücklagen umfassen Reste und Zusagen für die Folgejahre laut folgender Aufstellung:

- 29,5 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II
- 25,8 Millionen Euro aus LOEWE-Forschungsförderungsprogrammen
- 7,3 Millionen Euro aus sonstigen Sondermittelprogrammen, zum Beispiel dem Studienstrukturprogramm
- 5,2 Millionen Euro aus Lehrsondermitteln per 31.12.2009.

Die von der Ministerin genannten Rücklagen aus Lehrsondermitteln sind also bereits in der Gesamtsumme von 67,8 Millionen enthalten.

Die Ministerin behauptet desweiteren: Die Philipps-Universität verfüge über „eine so genannte Gewinnrücklage in Höhe von 18,6 Millionen Euro. Sie wird aus erzielten Gewinnen gebildet und kann als Sicherheit für künftige Aufwendungen dienen.“

Hierzu ist festzustellen: Die gebuchte Gewinnrücklage von 18,6 Millionen Euro setzt sich aus den Bilanzergebnissen der Vorjahre zusammen und spiegelt nicht die tatsächlichen Reste der Universität am Jahresende 2009 wider. Es handelt sich nicht um liquide Mittel, sondern um Buchwerte.

Darunter sind nicht zahlungswirksame Erträge in Höhe von 2,4 Millionen Euro, die nicht als Liquidität zur Verfügung stehen. Die tatsächlichen kumulierten Liquiditätsreste der Fachbereiche beliefen sich am Ende des Jahres 2009 auf 16,2 Millionen Euro. Sie sind für strategische Investitionen, Berufungsmittel oder

vertraglich gebundene Personalmittel vorgesehen, stehen also nicht zur Verfügung, um die angekündigten Kürzungen zu kompensieren. Zentrale Reserven sind nicht vorhanden.

2. Lehrsondermittel

Die Ministerin behauptet: Von gut 18 Millionen Euro an Lehrsondermitteln seit 2008 „sind nach meinen Unterlagen bisher 4,97 Millionen Euro nicht ausgegeben worden.“ Diese Mittel dürften „ausschließlich zur Verbesserung der Lehre verwendet und nicht zurückgelegt werden“.

Hierzu ist festzustellen:

(i) Die Lehrsondermittel werden zum überwiegenden Teil in den Fachbereichen ausgegeben, nämlich zu 65 Prozent. Die Entscheidung soll nämlich unter paritätischer Beteiligung der Studierenden möglichst nah an denjenigen getroffen werden, die davon profitieren. Ein Beispiel aus dem Fachbereich Medizin soll verdeutlichen, wozu Rücklagen gebildet werden:

Das Marburger Skills-Lab Maris ist ein Trainingszentrum, in dem Studierende praktische ärztliche Fertigkeiten einüben können, zum Beispiel Untersuchungstechniken und kommunikative Fertigkeiten bei Anamneseerhebung, Beratung und Aufklärungsgesprächen. Während an anderen Standorten in Hessen und der Bundesrepublik solche Trainingszentren selbstverständlich aus regulären Landesmitteln finanziert werden, erfolgt die Finanzierung dieses wesentlichen Bausteins zur Verbesserung der Mediziner Ausbildung in Marburg wie folgt:

- Das Gebäude wird von der Pohl-Stiftung errichtet, wofür Universität und Fachbereich zutiefst dankbar sind.
- Die Ausstattung des Maris wird mit 1.166.400 Euro aus Lehrsondermitteln bezuschusst. Ein Anteil davon (570.000 Euro) stammt aus dem zentralen Topf. Für diesen Qualitätssprung in der Mediziner Ausbildung werden also Rücklagen eingesetzt, die über mehrere Semester hinweg angespart werden.

3. Zentrale Mittel

Der zentrale Teil der Lehrsondermittel (35 Prozent) wird von einer Kommission verausgabt. Akzente setzt die Kommission vor allem bei der Verbesserung der Infrastruktur, zum Beispiel bei Stadion, Universitätsbibliothek und Rechenzentrum sowie Hörsaalausstattung. Die Mittel fließen nach und nach im Laufe des Jahres ab; soweit Mittel „nicht ausgegeben worden“ sind, wie die Ministerin sagt, ergibt sich diese Feststellung aus dem gewählten Stichtag.

3. Bauliche Situation und Energieverbrauch

Die Ministerin erklärt: „Zunächst einmal zu den Gesamtkosten für die Energie, die in Marburg aufgrund des Gebäudebestandes tatsächlich höher sind als andernorts: Sie werden durch das Bauprogramm ‚Heureka‘ und durch die Millionenzuschüsse für Sanierungen im Rahmen des Konjunkturpakets, die 2010 und 2011 verbaut werden, schon bald deutlich sinken.“

Hierzu stellt die Hochschulleitung der Philipps-Universität mit Freude fest, dass die Mehrkosten für Energie nunmehr erstmals als Tatsache öffentlich anerkannt sind.

Die Universität Marburg wendet jährlich etwa 13,3 Millionen Euro für die Versorgung der universitätseigenen Gebäude mit Energie auf. Dies sind 2,6 Millionen Euro mehr als die Spitzenwerte der anderen hessischen Hochschulen.

Ein sehr wesentlicher Teil dieser Energiekosten entsteht auf den Lahnbergen in den Gebäuden aus dem Marburger Bausystem der 1960er Jahre. Die Universität bewirtschaftet dort 375.155 Quadratmeter, in denen drei Fünftel der Mehrkosten entstehen. Baufachliche Gutachten haben gezeigt, dass die Sanierung der Gebäude nicht wirtschaftlich ist. Auch wenn der Neubau Chemie steht, werden die Systembauten noch bis gegen 2020 vollständig von der Universität genutzt werden müssen, um die erwartete und politisch gewünschte Zunahme der Studierenden in den Naturwissenschaften unterbringen zu können.

Im Rahmen des Konjunkturprogramms II werden von 110 Gebäuden der Universität nur etwa 10 Gebäude energetisch optimiert. Hierzu zählt das Hörsaalgebäude in der Biegenstraße. Nach der Sanierung, das heißt ab 2012, werden durch das Konjunkturprogramm II insgesamt jährlich zirka 200.000 Euro an Energiekosten eingespart.

Die Energiemehrkosten werden sich also während der Laufzeit des Hochschulpakts 2011 – 2015 nicht wesentlich und damit nicht „bald“ reduzieren.